

LANDES INFO

DIE LINKE.
LANDESVERBAND HAMBURG

RUNDBRIEF FÜR MITGLIEDER · DIE LINKE. LANDESVERBAND HAMBURG · OKTOBER 2011

Programmdebatte auf der Zielgeraden

Vom 21. bis zum 23. Oktober kommt der Bundesparteitag in Erfurt zusammen. Zielstellung: Vier Jahre nach Gründung soll ein neues Parteiprogramm auf den Weg gebracht werden. Grundlage ist der Leitanspruch des Parteivorstandes. Zu

etlichen Kontroversen in der bisherigen Programmdebatte konnten mit diesem Antrag Kompromisse gefunden werden. Ende des Jahres findet dann die Urabstimmung der Mitglieder über den endgültigen Programmtext statt. *Mehr auf Seite 3*

Armes Reiches Hamburg

Kompetente Übersicht über die soziale Spaltung in der ach so Freien und Hansestadt. VON BERNHARD MÜLLER

Unter diesem Titel ist jüngst ein neues Buch erschienen. Die Herausgeber Gerd Pohl (ehem. Leiter der Abteilung Tarifpolitik beim Hauptvorstand der Gewerkschaft NGG) und Klaus Wicher (Vorsitzender des Sozialverbandes Deutschland, Landesverband Hamburg) haben dafür einige AutorInnen gewonnen, die sich um die »Soziale Spaltung in ei-

ner reichen Stadt« sorgen und überwiegend im Umfeld des SoVD, der SPD, Gewerkschaften und der Linksfraktion tätig sind. Das Themenspektrum erstreckt sich von den Ergebnissen der aktuellen Armuts- und Reichtumsforschung über die Bereiche Arbeitslosigkeit, Hartz IV, Tafeln, Prekariat bis zur Kinder- und Altersarmut. *weiter auf Seite 2*

Soziale Spaltung der Stadt überwinden

Gleichheit und Gerechtigkeit werden im menschlichen Zusammenleben innerhalb einer Gesellschaft als positiv und erstrebenswert wahrgenommen. Nichtsdestotrotz waren wir innerhalb der letzten Jahrzehnte nie weiter davon entfernt, Gleichheit oder Gerechtigkeit durchzusetzen. Im Gegenteil, die Entwicklung der Verteilung geht immer extreme Wege, die Armen werden in rasantem Tempo immer zahlreicher und immer ärmer, die Reichen werden in nicht gekannten Ausmaßen reicher. VON OLGA FRITZSCHE



Hamburg ist in Deutschland die Stadt mit der tiefgreifendsten sozialen Spaltung. Hier lebt jedes vierte Kind in Armut, jede zweite Familie muss in relativer Armut leben, mehr als 200.000 Menschen leben mit oder von Transferleistungen.

Ein Mindestmaß an Gerechtigkeit bei der Verteilung der Güter und der Einkommen ist jedoch nötig. Das ist für die in der LINKEN Engagierten sicher keine Neuigkeit und auch kein Geheimnis, dennoch scheint sich diese Erkenntnis im gesellschaftlichen Denken nicht so ohne weiteres durchzusetzen.

„Umsteuern, nicht kürzen.“ Geht genau in diese Richtung. Denn: Eine wirkliche Demokratie kann nicht existieren, wenn die Hälfte der Bürger einer Stadt keine gleichberechtigten Teilhabe am Reichtum hat. Da das Hamburger Bildungssystem bisher außerdem den Bildungsstand eines Menschen und damit seine Aussicht auf eine erfüllte Berufslaufbahn mit einem guten Einkommen überdurchschnittlich vom sozialen Status der Eltern abhängig macht, ist klar, dass Armut auch an Kinder weitervererbt wird.

Dieser extreme Mangel an sozialer Gerechtigkeit muss ein Ende haben. Nicht nur, um die Nachteile für die Armen auszugleichen, sondern auch um den Zusammenhalt der Gesellschaft zu sichern.

Was tun? Eine Möglichkeit wäre die Einführung eines Mindestlohnes, den man zumindest im Hamburger Vergabegesetz installieren könnte. Hierfür gibt es bereits Beispiele in anderen Bundesländern.

Die Schaffung tatsächlicher Qualifizierungs- und Weiterbildungsangebote für Langzeitarbeitslose, sanktionsfrei und passgenau wäre eine weitere wichtige Maßnahme.

Eine weitere ganz direkte Möglichkeit des Abbaus der sozialen Spaltung wäre die Einführung kostenloser Bildungs- und Kinderbetreuungsangebote, von der Krippe bis zur Hochschule.

Auch über die Wohnungsbau- politik wäre eine mittelfristige Entspannung möglich, indem statt immer mehr teuren Eigentumswohnungen endlich ausreichend Sozialwohnungen in Hamburggebaut würden.

Das Geld für diese umfangreichen Möglichkeiten, der tiefen sozialen Spaltung Hamburgs entgegen zu wirken liegt zwar nicht „auf der Straße“, wäre aber über eine angemessene Besteuerung der Gewinn- und Vermögenseinkommen in der Stadt mit den meisten Einkommensmillionären Deutschlands realisierbar. Allein eine andere Gewichtung der bereits im Finanzhaushalt der Stadt existierenden Mittel könnte zu einer größeren Verteilungsgerechtigkeit beitragen. Wenn man denn den politischen Willen dazu hätte.

150
#UNITED FOR
GLOBAL CHANGE

WELTWEITER AKTIONSTAG

am 15. Oktober für
„Echte Demokratie“
und soziale
Gerechtigkeit!
In Hamburg rufen
attac, DIE LINKE
zu einer Aktion ab
14:00 Uhr auf dem
Rathausmarkt auf.



So konzentriert wie der Genosse auf dem Foto ist nicht nur die anstehende Programmdebatte zu führen. Die Entwicklung und Stärkung unserer Partei ist ein Schwerpunkt in den nächsten Monaten.

DIE LINKE ist eine junge Partei, die erst im Jahr 2007 gegründet wurde. Nach gut vier Jahren ist die Zeit gekommen – auch was die innerparteiliche Strukturen und das Parteileben angeht – eine Zwischenbilanz zu ziehen. Dort wo während der Gründung, vielleicht in der damals notwendigen Eile, die eine oder andere Entscheidung nur aus dem Bauch heraus getroffen wurde, wollen wir jetzt überlegen, wo und wie sich nachbessern lässt.

Zwei Termine stehen hierfür bei der LINKEN in Hamburg im Fokus: Am 25./ 26. November diesen Jahres berät der Landesparteitag im bfw in Hamburg-Farmsen über Satzungsänderungen, mit denen mindestens genauso viel demokratische Beteiligung wie vorher möglich sein soll, aber eine effektivere Arbeiten der Gremien, durch eine bessere Abgrenzung der unterschiedlichen Aufgaben erreicht werden soll.

Ende Januar 2012 ist dann im zweiten Schritt eine Parteientwicklungskonferenz im Landesverband geplant. Gemeinsam mit ExpertInnen und mit den aktiven und noch nicht aktiven Mitgliedern wollen wir Probleme in der Parteientwicklung aber auch Lösungsansätze für eine bessere Parteilarbeit diskutieren.

Anspruch und Realität

Zur Satzungsdiskussion auf Landesebene. In der Frage Trennung von Amt und Mandat halte ich die Gefahr sich darüber zu zerstreiten für sehr groß, aber nicht wirklich lohnenswert. VON TILMAN ROSENAU

Ist Papier geduldig? Sind Satzungsfragen Hilfen für das Selbstverständnis der Partei oder Machtfragen von Interessengruppen? Auf dem Landesparteitag im November sollen die Delegierten über Satzungsänderungen des Landesverbandes entscheiden. Anfänglich nahm die Kritik an Größe und Zusammensetzung des Landesvorstandes zu. Er sei so nicht handlungsfähig. Vier plus eins (Schatzmeister) im geschäftsführenden Vorstand sei zu viel, der Entscheidungsprozess zu lang und lähme die Partei. Die Bezirksvertreterregelung sei in-

effektiv. Ein Landesrat soll diese Regelung ersetzen. Zusätzlich kam die Frage auf die Regelung der Trennung von Amt (Vorstand) und Mandat (Fraktion) aufzuheben. Eine Kommission des Landesvorstandes wurde gebildet und hat einen Änderungsentwurf vorgelegt.

Führt eine Verkleinerung des Gremiums nun zu mehr Effizienz der Handelnden und dies zu weniger langen Meinungsbildungsprozessen der Aktiven? Verlieren oder gewinnen die Bezirke an Einfluss, wenn ihr Agieren vom Landesvorstand auf den Landesrat verschoben wird? Do-

minieren parlamentarische Themen, wenn Mandatsträger der Bürgerschaft stimmberechtigte Mitglieder im Vorstand sind oder werden sie in die Verantwortung genommen für den Parteaufbau? Welche Auswirkungen haben Satzungsfragen in der politischen Alltagsarbeit? Schaffen Quotierungen und Repräsentationsregelungen mehr Basisdemokratie?

Meine Erfahrungen mit dem Umgang mit Satzungsfragen sind da eher ernüchternd. Je mehr sich Einzelne als Experten ausweisen oder „ernannt“ werden, desto größer die Verunsicherung der Mitglieder in ihrem Handeln innerhalb der Partei. Darf ich dies oder das machen und wer entscheidet überhaupt darüber?

Ich bin ein Befürworter kleiner Gremien. Wenn jede/r nur drei Minuten hat und höchstens zwei Mal an einem Diskussionsprozess teilnehmen kann, können in den seltensten Fällen die komplexen Fragen, zu denen wir eine Handlungsrichtung entwi-

ckeln wollen, ausreichend beleuchtet und dargestellt werden. Die Verantwortung gegenüber den Mitgliedern, diese im Vorfeld der Entscheidungsprozesse vollwertig einzubeziehen, besteht immer; ganz gleich wie groß ein Gremium auch sei. In der Frage Trennung von Amt und Mandat halte ich die Gefahr sich darüber zu zerstreiten für sehr groß, aber nicht wirklich lohnenswert. Die Eindrücke, die ich aus der gewollten Trennung gewonnen habe, führen dazu, dass dies nicht meine „heilige Kuh“ ist. Die Trennung hat nicht wirklich der Parlamentarisierung entgegengewirkt.

Zur Frage eines neuen Gremiums neben dem Landesvorstand hat die Kommission einen Entwurf vorgelegt. Ein Gremium, dass aus Landesvorstandsmitgliedern, Repräsentanten der Bezirksvorstände und des Jugendverbandes bestehen soll: der Landesausschuss. Alternativ wird die Einführung eines Bezirkerrates diskutiert.

Fortsetzung von Seite 1

Joachim Bischoff und Bernhard Müller haben einen Beitrag unter der Überschrift »Sozial gespalten in die Zukunft? Wirtschaft, öffentliche Finanzen, Stadtentwicklung« geliefert, Michael Joho und Antje Schellner gehen dem Thema »Wohnungsnot und sozia-

le Schieflagen« nach. Wer sich einen Überblick über das sich immer weiter verschärfende Sozialgefälle in der ach so Freien und Hansestadt Hamburg verschaffen will, ist hier richtig.

Das Buch ist bei VSA erschienen, hat 176 Seiten und kostet 14,80 Euro.

Nun ist erstmal lesen angesagt

Parteitag in Erfurt vom 21. bis 23 Oktober. Bei den Roten Haltelinien gibt es wahrscheinlich noch heiße Debatten. Doch ehrliche Diskussionen und Kompromisse können uns nur weiter bringen. HANNE SEMMELROCK /BERGEDORF

Als eine der beiden Delegierten der Bezirke Bergedorf und Harburg werde ich vom 21. bis 23. Oktober am Parteitag in Erfurt teilnehmen. Im Mittelpunkt steht der Leitantrag zum Programm. Daneben stehen Anträge zur Änderung der Bundesatzung, der Wahlordnung, der Schiedsordnung sowie ein Leitantrag zur Ordnung für Mitgliederentscheide zur Abstimmung. Nach dem Parteitag findet dann über die endgültige Fassung des Parteiprogramms eine Urabstimmung der Mitglieder statt.

Als brave Delegierte will ich mich natürlich gut auf den Parteitag vorbereiten und merke, dass es allein mit Lesen nicht getan ist, ich muss mich darüber austauschen. Da es zu dieser Zeit aber in unserer Bezirksorganisa-

tion nicht das brennende Thema ist, gehe ich zum AK Programm mit der Ansage, dass ich regelmäßig darüber in Bergedorf berichte.

Nach den ersten Sitzungen im AK Programm bemerke ich bei meiner Berichterstattung, dass mich meine BezirksgenossInnen nicht so wirklich verstehen und nach der Verbindung zu unserer alltäglichen politischen Bezirksarbeit suchen. Mir kommen die ersten Zweifel, ob diese Art, sich mit dem Programmentwurf zu beschäftigen, dazu beiträgt, die Programmdiskussion in der Breite zu führen. Was nun? Ich organisiere im Bezirk Bergedorf ein 2-Tagesseminar zum Programmentwurf. Das läuft gut und weil noch eine ganze Menge Fragen offen bleiben verabreden wir eine

Bildungsabendreihe zum Thema, die im Moment noch läuft und gut besucht wird.

Woher bekomme ich nun Orientierung für mein Abstimmungsverhalten? In unserem Bezirk Bergedorf bemühen wir uns, nach dem Prinzip des imperativen Mandats zu handeln. Die GenossInnen haben mich als Delegierte gewählt, also ist es für mich selbstverständlich, gemäß unserer Diskussionsergebnisse abzustimmen. Wenn die Konfliktlinien in der Partei manchmal auch quer durch unsere kuschelige Bezirksorganisation verlaufen, bleibt mir nichts anderes übrig, als meinen eigenen Kopf einzuschalten und mir die klugen Fragen zu stellen: „Wem nützt das?“ und „Kommen wir dadurch dem Ziel Demokrati-

scher Sozialismus ein Stück weit näher?“

Insgesamt finde ich den überarbeiteten Entwurf gelungen. Es sind viele sinnvolle Kompromisse gefunden worden. Innerhalb der beiden Konfliktlinien „Stellenabbau im öffentlichen Dienst“ und „Friedenspolitik“ im Abschnitt Rote Haltelinien gibt es wahrscheinlich noch heiße Debatten. Doch ehrliche Diskussionen und Kompromisse, die daraus erwachsen, können uns nur weiter bringen. Ich hoffe, dass am Ende ein Programm steht, in dem sich der weitaus größte Teil der Mitglieder wieder findet und dem sie zustimmen können.

Die eigentliche Arbeit beginnt allerdings erst nach der Abstimmung des Programms. Die alltägliche politische Arbeit muss sichtbar im Programm eingeordnet sein. Und dem messe ich mehr Bedeutung zu als einem Haufen Papier.

Für mich gilt: „Jeder Schritt wirklicher Bewegung ist wichtiger als ein Dutzend Programme ...“ (K. Marx 1875)

Berlin hat gewählt. Was jetzt?

Am Ende des schwierigen Wahljahres 2011 haben die Wähler/innen gesprochen: DIE LINKE ist mit 11,7 Prozent bei den Abgeordnetenhauswahlen in Berlin hinter den Erwartungen und vor allen den Möglichkeiten zurückgeblieben. VON MARTIN WITTMACK

Völlig klar ist: Dies ist nicht das hauptsächliche Problem der Berliner GenossInnen, die einen engagierten Wahlkampf geführt haben und der von vielen Mitgliedern der LINKEN aus dem gesamten Land – auch aus dem Hamburger Landesverband – unterstützt wurde. Alle Ergeb-

nisse im Superwahljahr 2011 machen vor allem zweierlei deutlich: 1. Nach den großen Erfolgen in den ersten Jahren sind jetzt schwierigere Wahlkämpfe für die LINKE gekommen. Sie hat bestanden, aber nicht geglänzt. 2. Sich in schwierigen Situationen vor allem mit sich selbst und dem jeweiligen innerparteilichen Lieblingsgegner zu befassen, ist nicht hilfreich.

Wenn es gelingt die Gemeinsamkeiten betonend mit den zentralen Themen unseres Programmes für mehr soziale Gerechtigkeit, mehr Demokratie, für Frieden und Abrüstung und einen nachhaltigen sozialökologischen Umbau unsere Vorschläge – ohne die zum guten Teil selbst erzeugten störenden Beizöne – zu placieren, können wir mit Sicherheit bessere Ergebnisse erzielen. Nicht nur in Berlin.

Impressum:

Rundbrief des Landesvorstandes der LINKEN in Hamburg
Redaktion: Karin Haas, Tilman Rosenau, Martin Wittmaack (v.i.S.d.P.) ✦ Mitarbeit: Olga Fritzsche, Bernhard Müller, Hanne Semmelrock ✦ Layout: Zdravko Sisic ✦ Fotos:
Redaktion ✦ Auflage: 2.500
Redaktionsschluss: 20.09.2011
Druck: Print- und Copyhaus GmbH

*Ihr aber, wenn es so weit sein wird
Daß der Mensch dem Menschen ein Helfer ist
Gedenkt unser
mit Nachsicht.*

Bertolt Brecht

Wir trauern um unsere Genossin

Lilo Lottermoser

Sie ist in der Nacht auf den 21. August zu Hause verstorben, so wie es - nach kurzer aber schwerer Krankheit - ihr Wunsch war. Wir werden sie, ihre Hinweise und Ratschläge und ihren lebendigen Mut vermissen. Lilo wird uns fehlen, aber wir kämpfen weiter.

DIE LINKE Landesverband Hamburg

Neugründung der AG queer

DIE LINKE.queer ist ein Zusammenschluss im Umfeld und innerhalb der LINKEN, in der überwiegend Lesben, Schwule, Transsexuelle, Transgender, Bisexuelle und Intersexuelle organisiert sind. Ziel ist die Überwindung des Gegensatzes von „normal“ und „anders“. Wir kämpfen für die Akzeptanz der unterschiedlichen Lebensweisen und der sexuellen und geschlechtlichen Vielfalt in der Gesellschaft. Wir treten Dis-

kriminierungen von Gruppen und Menschen – auch in der schwullesbischen Szene – entgegen.

In Hamburg wird es am 20. Oktober 2011 um 18:00 Uhr eine Neugründungsversammlung im Büro der LINKEN Hamburg-Nord, am Hartzlohplatz 1 22307 Hamburg (Barmbek-Nord) geben. Interessierte können sich schon vorab an die InitiatorInnen unter der Adresse ag-queer@die-linke-hamburg.de wenden.

Landesgeschäftsstelle:

Wendenstr. 6
20097 Hamburg
Telefon: 040 - 3 89 21 64
lgf@die-linke-hamburg.de
Fax: 040 - 43 09 70 28
<http://www.die-linke-hamburg.de>

Mitarbeiter/innen:
Martin Wittmaack (Landesgeschäftsführung)
martin.wittmaack@die-linke-hamburg.de
Heike Wokon (Finanzen, Buchhaltung)
Telefon: 040 - 22 62 42 14
heike.wokon@die-linke-hamburg.de

Öffnungszeiten:
Mo. bis Do.: 14-18 & Fr.: 12-16 Uhr

Der Landesvorstand:
info@die-linke-hamburg.de

Bankverbindung:
DIE LINKE Landesverband Hamburg,
Hamburger Sparkasse, BLZ 200 505 50,
Konto-Nr.: 1213 1280 83

DIE LINKE vor ort in den Bezirken...

Altona:

Am Felde 2, 22765 Hamburg
Telefon: 040 - 39 80 97 52,
info@dielinke-altona.de
<http://www.die-linke-altona.de>
Stadtteilgruppen: Altona-Altstadt /
Ottensen Altona-Nord Bahrenfeld (mit
Groß-Flottbek und Othmarschen) Lurup /
Osdorf, Blankenese / Rissen / Sülldorf

Bergedorf:

Bergedorfer Str. 131 · 21029 Hamburg
Telefon: 040 - 25 49 12 24,
vorstand@dielinke-bergedorf.de
<http://www.dielinke-bergedorf.de>

Eimsbüttel:

Dillstr. 16, 20146 Hamburg
bv-eimsbuettel@die-linke-hh.de
<http://www.die-linke-eimsbuettel.de>
Ortsverbände: Eimsbüttel Ost (inkl.
Rotherbaum / Harvestehude), Eimsbüttel
West (inkl. Stellingen Eidelstedt), Lokstedt /
Niendorf / Schnelsen

Hamburg-Mitte:

Borgfelder Str. 83,
20357 Hamburg
Telefon: 040 - 28 57 69 08,
info@die-linke-hamburg-mitte.de
<http://www.die-linke-hamburg-mitte.de>

Stadtteilgruppen: Billstedt, Finkenwerder,
Hamm / Horn / Borgfelde, St. Georg,
St. Pauli, Wilhelmsburg (inkl. Veddel,
Rothenburgsort)

Hamburg Nord:

Harzlohplatz 1. 22307 Hamburg
Telefon: 040 - 63 67 68 30,
bv-nord@die-linke-hamburg.de
<http://www.die-linke-hamburg-nord.de>
Stadtteilgruppen: Barmbek, Dulsberg,
Ohlsdorf, Winterhude / Eppendorf (inkl.
Hoheluft-Ost)

Harburg:

Julius-Ludowieg-Str. 25, 21079 Hamburg
Telefon: 0160 - 91 26 70 35,
bv-harburg@die-linke-hamburg.de
<http://www.die-linke-harburg.de>

Wandsbek:

Wandsbeker Ch. 286, 22089 Hamburg
Telefon: 040 - 79 69 10 75
bv-wandsbek@die-linke-hamburg.de
<http://www.die-linke-wandsbek.de>

Stadtteilgruppen: Wandsbek-Kern,
Bramfeld / Farmsen / Berne / Steilshoop,
Alstertal / Walddörfer, Rahlstedt

Zusammenschlüsse...

...werden von interessierten Mitgliedern
als „Arbeitsgemeinschaften“, „Interes-
sengemeinschaften“ oder „Plattformen“
gegründet. Sie sind über die Landes-
geschäftsstelle zu erreichen.

AGen/IGen:

AG Antifa, AG Arbeit und Armut, AG Betrieb
und Gewerkschaft, AG Bildungspolitik, AG
cuba si Hamburg, AG Europa, AG Flucht und
Migration, AG Frieden und internationale
Politik, AG Frieden und Abrüstung, AG
Gegen Rechts, IG Gesundheits- und
Sozialpolitik, LAG Grundeinkommen, AG
Internationalismus Freundeskreis der
NPA, AG Klein- und Mittelständische
Unternehmer, LAG Kultur, AG Lateinamerika,
AG LISA - Linke Sozialistische Frauen AG,
AG Medien / Rote Reporter, AG queer, AG
Studierendenpolitik, AG Tierschutz und
Ökologie, AG Umwelt, Energie und Verkehr,
AG Wirtschaft, Haushalt und Finanzen

Plattformen:

Antikapitalistische Linke, Kommunistische
Plattform, KPF Hamburg - „Clara Zetkin“,
Solforum, Sozialistische LINKE

Jugendverband:

linksjugend [‘solid] Hamburg
Wendenstr. 6, 20097 Hamburg
info@linksjugend-solid-hamburg.de
<http://www.linksjugend-solid-hamburg.de>

Der Studierendenverband: die linke.SDS ist der Studierendenverband der LINKEN:

Bucerius Law School HSG: Linke.SDS BLS
Kontakt: Daniel Uhlig
die-linke-bls@hotmail.de
www.die-linke-bls.blogspot.com/

HAW Hamburg HSG: Linke.SDS HAW
Kontakt: Sabahattin Aras
arasa@gmx.de

UNI HAMBURG HSG 1: Liste Links:
Kontakt: Till Petersen
till_petersen@public.uni-hamburg.de
Telefon: 040-29 89 04 75

UNI HAMBURG HSG 2, DIE LINKE.SDS
Hamburg
Kontakt: Konstantin Braun,
maybe5@gmx.de

Im Parlament...

Bürgerschaftsfraktion DIE LINKE

in der Hamburgischen Bürgerschaft
Rathausmarkt 1 · 20095 Hamburg
Telefon: 040 - 42831-2250
info@linksfraktion.hamburg.de
<http://www.linksfraktion-hamburg.de>

Büro Jan van Aken (MdB)

Wendenstr. 6 · 20097 Hamburg
Mitarbeiterin: Annette Sawatzki
Telefon: 040 - 28 05 65 46
Öffnungszeiten:
Mo. - Fr. von 11.00 bis 15.00 Uhr
jan.vanaken@wk.bundestag.de

Büro Sabine Wils (MdEP)

Buceriusstr. 2 · 20095 Hamburg
Mitarbeiter: Gerald Kemski
Telefon: 040 / 30 70 17 99
gerald.kemski@sabine-wils.eu

Was ist eigentlich Cuba Si?

Gibt es tatsächlich eine AG in der Partei
für ein einziges Land? Ja, denn auf dieser
kleinen Insel wird seit 50 Jahren Erfahrung
mit dem Aufbau des Sozialismus gesammelt.
Aber die Berichterstattung darüber findet
nicht statt oder sie ist falsch. Die Entwick-
lung der Wirtschaft und damit der Lebens-
verhältnisse wird durch eine einzigartige
Blockade erschwert, die Bevölkerung mus-
ste Invasion und Terroranschläge abwehren.
Deswegen leisten wir in Hamburg seit 1995
praktische Solidaritätsarbeit und informieren
auf öffentlichen Veranstaltungen über die Lage
in Kuba. Wir sammeln Spenden um konkrete
Entwicklungsprojekte zu fördern. Unabhän-
gig von einer Parteimitgliedschaft können
bei uns alle mitarbeiten, die das Land
unterstützen wollen. Wir treffen uns
zweimal im Monat. Wer mehr erfahren
möchte: www.cuba-si-hamburg.de

